

Saale-Zeitung.

Sechshundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte ober dem Stamm mit 20 Pfg. ...

Erhöht zweimal täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei monatlicher Zahlung 2,75 M., durch die Post 3 M., ...

Nr. 119.

Halle a. d. Saale, Freitag den 11. März

1892.

Die Majestätsprozesse.

Der ungewöhnliche politische Fehler, der mit der Einsetzung von Majestätsbeleidigungsprozessen gegen eine Reihe von Zeitungen begangen worden ist, zeigt seine bösen Wirkungen schon heute und ganz unmittelbar.

Unsere Staatsmänner und Minister (beides ist ja nicht immer dasselbe) mögen sich einmal die Haltung fast der gesamten Presse seit der Erhebung der Anklagen näher ansehen, und wenn sie die Kritik von heute mit der vergleichen, die an die letzte Kaiserrede anknapfte, dann müssten sie schon heute und ganz unmittelbar.

Über die Bemerkung, dass die Zeitungen Mittel und Wege haben, um dem Zwange zu widerstehen, ist die Kritik nicht zu lassen. Sie brauchen nur die schwere Sorge zu beiseite schieben, dass generelle Verfügungen getroffen werden könnten, die die Presse in wichtigen Beziehungen mundtot machen könnten.

Was haben wir in Deutschland keine russischen Zustände, aber bei solchen Vergleichen hat man doch wohl das verschiedene Kulturniveau mit in Anschlag zu bringen, und was im Westen die größte Dummheit haben muß, um zu wissen, das kann bei uns dieselben fatalen Folgen haben.

verschoben worden ist. Die unerquicklichen Folgen würden sofort ein Ende nehmen, wenn wieder, wie es vorher war und niemals anders sein sollte, die volle Verantwortung der Minister dem Kaiser deckte, und wenn so die Presse der wirklich nicht gern übernommenen Verpflichtung ledig würde, auf direkte Anordnungen des Kaisers in direkter Weise zu antworten.

Es wäre unferes Erachtens die Aufgabe des Reichstags oder des Abgeordnetenhauses, den Reichstag hier oder den Justizminister dort zu befragen, ob die Regierung das Vorgehen einzelner Staatsanwälte gegen eine Reihe von Zeitungen politisch billige. Für können uns vorstellen, obwohl darin ein vermutlich unberechtigtes Maß von Wohlwollen gegen die Regierung steck, aber immerhin: wir können uns vorstellen, das Borgehalten dem Reichstagler wie seinem Kollegen stark mißfällt, das es als Störung der ohnehin nicht auf glatter Bahn verlaufenden Politik des jetzigen Systems empfunden wird.

In andern parlamentarischen Ländern würde eine derartige Anfrage bei ähnlicher Sachlage längst gekommen sein, aber indem wir dies schreiben, wird uns auch sofort die Unmöglichkeit der dabei gemachten Voraussetzung klar: in keinem parlamentarisch regierten Lande, weder in England, noch in Frankreich, noch in Italien wären Majestätsprozesse gleich dem jetzt bei uns erhobenen auch nur denkbar.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. März. Der Kaiser ist durch eine letzte Verfügung geneigt, das Recht zu räumen, und hat daher seine Vorläufe ergehen lassen. Gestern empfing der Kaiser den Erzherzogen von Meiningen und unternimmt mit der Kaiserin eine engere Familienfeier, zu welcher die Kaiserin Friedrich eine engere Familienfeier statt, zu welcher die Kaiserin Friedrich und Prinzessin Margarethe, der Erzherzogin und die Erzherzogin von Baden und der Erzherzogin und die Erzherzogin von Meiningen zu erscheinen waren.

Berlin, 10. März. Nach dem mittags 12 Uhr in Darmstadt ausgegebenen Bulletin war in dem Besinden des Großherzogs eine geringe Besserung eingetreten. Die Zubereitung des Besuchs ist eine Abgemessenheit und das Schindeln hatten unbedenklich abgenommen. Im übrigen war der Zustand unverändert. Professor Stümpgen, welcher das Bulletin mit unterzeichnete, ist wieder abgereist. Nach dem um 6 Uhr abends ausgegebenen Bulletin war in dem Besinden eine wesentliche Besserung nicht eingetreten.

Berlin, 10. März. Nach einer Drahtmeldung aus Affaton hat der König von Portugal heute den neu ernannten deutschen Gesandten, Grafen Graf, empfangen, welcher sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

Berlin, 10. März. Zur dritten Etatberatung des Reichstags hat der Reichstag eine Resolution einbracht, wonach in nächsten Etat unter die allgemeinen Fonds eine Summe einzustellen sei: an Eisenbahnen und Unterhaltungen für talenbelle Kanäle und zur Förderung der monumentalen Malerei und Plastik.

Berlin, 10. März. In der heutigen Sitzung der Reichstags-Kommission des Abgeordnetenhauses kamen verschiedene Resolutionen katholischer Geistlicher aus Rheinland zur Verhandlung, welche mehr oder weniger dieselben Anträge enthielten. Es handelt sich dabei erstens um den Vorstoß des Reichstages in den linksrheinischen Gegenden, in welchem die Bischöfe, nachdem die Staatsregierung durch ihren Vertreter hatte erklären lassen, daß noch in dieser Sitzung dem Abgeordnetenhause eine Gesetzesvorlage zugehen würde, welche diese Frage endgültig im Sinne der Reichstagsmitglieder die zweite Forderung der Reichstagsmitglieder liegt auf Abänderung des Kirchenverordnungs-Gesetzes vom Jahre 1875 und zwar in dem Sinne, daß zu Gunsten des Kirchenverordnungs-Gesetzes die Gemeindevertretung aufgehoben, beziehungsweise verändert werde. Hier beschloß mit Zustimmung des Regierungsvertreter die Kommission ebenfalls, dem Klemente überlegen zur Tagesordnung zu empfehlen. Ein weiteres Beschlusse wegen Berechnung des Dienstalters der katholischen Geistlichen wurde der Budgetkommission übergeben.

Die Nordd. Allgem. Ztg. gewährt einer, damit als offiziell getennzeichneten thätlichen Mitteilung der „Düsseld. Ztg.“ Aufnahme, in der konstatiert wird, daß bei der Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens wegen Majestätsbeleidigung gegen die „Köln. Ztg.“, der im vorliegenden Falle ex officio und keineswegs auf Anweisung des Justizministers seines Amtes waltende öffentliche Ankläger entlassen wurde zum Einleitenden sich bewegen sieht. In demselben Artikel wird die pariser Meldung der „Köln. Ztg.“, dort werde das Borgehen der „Köln. Ztg.“ in andern deutschen Blättern so angelegt, als ob eine allgemeine Freiheitsverletzung in Deutschland bevorstünde und jede Freiheit der Kritik vernichtet werden solle, als eine ungewöhnliche Bezeichnung bezeichnet. Der Einbruch, den die Tatsache, daß in wenigen Tagen vier Anklagen wegen Majestätsbeleidigung aus Anlaß der Kaiserrede vom 24. v. M. erhoben worden sind, in Deutschland hervorgerufen hat, wird durch solche angebliche Bezeichnungen nicht abgemindert.

Gegen den sozialdemokratischen Stadtverordneten Jubel in Berlin soll Mollate wegen Majestätsbeleidigung

erhoben werden wegen einer in einem öffentlichen Vortrag geäußerten Kritik an der Kaiserrede.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat gestern, wie schon hier telegraphisch erwähnt, mit allen gegen 5 Stimmen (Freisinnige und ein Teil der National-liberalen) 10 Millionen M. als einmaligen Zuschuß zum Ausbau des Domes in Berlin und einer Krust für das preussische Königshaus bewilligt. Daraus soll nicht der Staat sein, sondern die von dem Kaiser bestimmte ausführende Baubehörde; Eigentümerin werde die Oberpost- und Domkirche, eine Korporation, die vom Domkapitel vertreten wird sein. Nachdem das Centrum beifolgende hatte, einstimmig die Forderung zu bewilligen, obgleich es im Vorjahre nur 7 Mill. zu geben gewillt war, konnte das Ergebnis der Verhandlungen nicht zweifelhaft sein. Denn die 10 Mill. nicht ausreichte, sind, so werden alle Vorbehalte und Modifikationen nicht verhindern, daß der Landtag von neuem in Anspruch genommen wird. Deshalb und aus Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage, die beifolgende dringliche Aufwendungen übermäßig macht, erfolgt die Ablehnung durch die beizugewählten Liberalen.

Der Bundesrath hat gestern den Gesandten zum Schluß der Briefstaube und über den Briefaustausch im Krieg, den Gesandten wegen Aenderung des Gesandtschafts über den Untertänigkeit aus dem 6. Juni 1870, sowie dem Reichstag zum Beschlußausweis für 1892/93 (Erhebung der Mittel für die Anstalten in G. H. G.) den zuständigen Ausschüssen überweisen und dem Anstaltsbericht über den Entwurf eines Gesetzes zugestimmt.

Der deutsche Landwirtschaftsrath nahm gestern Resolutionen betreffend Maßnahmen gegen Mißbräuche der Speculation im Getreidebereichung an.

Der Ausschuss der preussischen Ketzlerammern ist in Berlin zusammengetreten, um sich mit dem Kultusminister eingehenderen Gutachten über die Erweiterung der Disziplinartaraxen zu befassen. Mit allen gegen 5 Stimmen wurde der Beschluß gefaßt, die Erweiterung der Disziplinartaraxen als nothwendig anzuerkennen.

Der „Kölnische Volks-Zeitung“ zufolge finden am 13. v. M. im Ruhrrevier große Versammlungen der Bergleute zwecks Förderung der gegenwärtigen Lage statt. Die Führer hätten beschlossen, für die bevorstehenden Knappschaftswahlen eine umfassende Agitation ins Werk zu setzen. — Der Verbandsvorstand Schröder in Bochum fordert in einem Aufrufe an die deutschen Bergleute diese auf, die Ausführenden in England zu unterstützen, und zwar dadurch, daß Arbeit in Ueberfluthung vermehrt werde.

Wrauschwitz, 10. März. Der hiesige konserthaltige Verein hat eine Petition an das bezugl. Staatsministerium gerichtet mit dem Ersuchen, an allen Sonn- und Festtagen möge der Bierabtrieb bis mittags 12 Uhr gänzlich unterlag werden. Natürlich hat das Ministerium die Petition ablehnen beantwortet.

Schwesing, 10. März. Der Provinzial-Landtag für die Provinz Schwesing-Solliten hat die Landgemeinden-Ordnung mit allen gegen 2 Stimmen angenommen und ist durch den Oberpräsidenten v. Schemm geschlossen worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Budapest, 10. März. Bei der heute fortgesetzten Arbeit des Abgeordnetenhauses erklärte Ministerpräsident Graf Szapary, die geirrigte Rede des Abg. Grafen Apponyi mache den Eindruck, als wäre die Nationalpartei aus den Wahlen siegreich hervorgegangen, während die Thatsachen das Gegenteil beweisen. Das Wahlergebnis zeige, daß die große Mehrheit im Lande für die Erhaltung der Basis des Ausgleichs von 1867 und für die Wahlreform entschieden habe. Die Nation habe die Leitung der Geschäfte wieder in die Hände der Regierung gegeben. Die Regierung werde ihre Pflicht erfüllen. (Beifall.) Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärte der Ministerpräsident, das Bündnis Ungarns mit Oesterreich sei beiden Theilen erprieslich. Ein Unterchied in der politischen Mission beider Staaten bestesse nicht. Die materiellen und wirtschaftlichen Interessen möchten Ungarn auf den Orient verweisen. Die ganze Vergangenheit spreche jedoch für ein Zusammengehen mit dem Westen. (Beifall.)

Frankreich. Paris, 10. März. Der Senat begann die Beratung der Vorlage über die Einrichtung der Universitäten, welche in Paris und einigen Provinzialstädten gegnirt werden sollen.

Die Deputirtenkammer nahm den vom Abgeordneten Drechsler gestellten Antrag an, nach welchem der 22. September d. J. als hundertjähriger Geburtstag der Proklamirung der Republik gefeiert werden soll. — Der Ministerpräsident Loubet legte den Budgetentwurf für 1893 vor. Der Abg. Reinald beantragte, daß ein Ministerium für die Kolonien geschaffen werde, und verlangte für diesen Antrag die Dringlichkeit. Loubet erklärte, das Kabinete werde die von dem Ministerium Ertrag besagte Kolonialpolitik festsetzen und den Antrag Reinald prüfen, welcher einer ernsten Ermüdung bedürfte. Die beantragte Dringlichkeit des Antrages Reinald wurde abgelehnt.

Paris, 10. März. Der Präsident Carnot unterzeichnete heute ein Decret, durch welches die anlässlich des letzten Jahresbesuches verurtheilten Drohsten wieder begnadigt werden. — Der Generalprokurator der Deputirtenkammer hat eine Berleum-





